

CDU: Partei der Abrüstung und Rüstungskontrolle

Über den Wahltag hinaus gilt, was CDU und CSU in ihrem gemeinsamen Wahlprogramm festgelegt haben:

Wir wollen Abrüstung. Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen. Unser wichtigstes aktuelles außenpolitisches Ziel ist die allseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau — unter der Voraussetzung unverminderter Sicherheit.

Die Union unterstreicht damit den herausgehobenen Rang von Rüstungskontrollpolitik. Sie steht heute gleichberechtigt neben der traditionellen Verteidigungspolitik, die durch militärische Abschreckung zur Kriegsverhinderung beiträgt. Diese beiden Elemente — Verteidigung und Rüstungskontrolle — bilden die tragenden Säulen einer durch CDU und CSU vertretenen Politik aktiver Friedenssicherung.

Ein konkretes Beispiel: Der B-Waffen-Vertrag

Als im Dezember 1982 der sogenannte B-Waffen-Vertrag, der das weltweite Verbot aller biologischen Waffen vorsieht, einstimmig vom Deutschen Bundestag verabschiedet wurde, war dies der erste echte Abrüstungsvertrag, den der Deutsche Bundestag seit seinem Bestehen ratifizierte. Das Parlament machte hiermit vor aller Welt deutlich, daß es uns Deutschen ernst ist mit der Abrüstung aller Waffen, die für die Sicherung des Friedens nicht erforderlich sind.

CDU und CSU sind stolz, daß dieser Vertrag unter einem CDU-Kanzler ratifiziert wurde. Das unterstreicht die Friedens- und Abrüstungsbereitschaft der CDU/CSU, die von unseren Gegnern gelegentlich bestritten wird.

Klare Linie seit Konrad Adenauer

Bundeskanzler Helmut Kohl setzt damit die Abrüstungstradition der CDU/CSU seit Bundeskanzler Konrad Adenauer fort.

Es war ein CDU-Bundeskanzler, nämlich Konrad Adenauer, der 1954 freiwillig und völkerrechtlich verbindlich für unser Land auf die Produktion aller Atomwaffen, aller chemischen Waffen und aller biologischen Waffen verzichtete.

Es war ein CDU-Bundeskanzler, der 1961 den Rüstungsexport durch das Kriegswaffenkontrollgesetz beschränkte. Es war ein CDU-Bundeskanzler, der 1963 dem teilweisen Teststoppabkommen zustimmte.

Es war ein CDU-Bundeskanzler, Ludwig Erhard, der 1966 mit seiner berühmten Friedensnote an die Regierungen der Welt, die weitreichende Abrüstungsvorschläge, vor allem für Europa, enthielt, eine große Abrüstungsinitiative ergriff.

Es war ein CDU-Bundeskanzler, Kurt-Georg Kiesinger, der 1966 in seiner Regierungserklärung der Abrüstungspolitik einen entscheidenden Rang einräumte.

Es war eine CDU-geführte Bundesregierung, die 1967 den sogenannten Weltraumvertrag unterzeichnete.

Und es war eine CDU-geführte Bundesregierung, die 1968 zusammen mit ihren westlichen Bündnispartnern mit dem Signal von Reykjavík dem Osten beiderseitige und ausgewogene Truppenreduzierungen vorschlug.

Die Union ist dieser abrüstungspolitischen Tradition auch während ihrer Zeit als Oppositionspartei treu geblieben. Sie hat das westliche Bündnis und die sozial-liberale Bundesregierung bei allen wichtigen Abrüstungsvorschlägen unterstützt. Die Union wäre dankbar, wenn die SPD sich hier zukünftig ähnlich verhalten würde.

Als Konrad Adenauer kurz nach dem deutschen Verzicht auf die Produktion von A-B- und C-Waffen in Moskau die Aufnahme diplomatischer Beziehungen vereinbart, erklärte er — und an diese Erklärung fühlen wir uns auch heute noch gebunden —:

„Das oberste Gebot, das es für alle Deutschen zu wahren gilt, ist Friede. In Deutschland weiß man, daß die naturwissenschaftlichen und technischen Fortschritte, die seit dem letzten Krieg gemacht worden sind, den Menschen Möglichkeiten der Vernichtung in die Hand geben, an die wir nur mit Schaudern denken können. Neue Mittel zum Ausdruck von Differenzen und Konflikten müssen gefunden werden — Mittel, die internationale Zusammenarbeit zum Inhalt haben. Das alles ist für uns nicht Traum oder Theorie. Friede aber darf, wenn er seinen vollen Segen stiften will, nicht gefährdet sein.“

Unsere Politik der aktiven Friedenssicherung

Es gibt im Atomzeitalter keine Alternative zum Frieden. Wir haben unsere Politik der aktiven Friedenssicherung daher von Anfang an auf zwei tragfähige Säulen gestützt: auf der einen Seite auf eine seriöse Abrüstungspolitik und auf der anderen Seite auf eine seriöse Verteidigungspolitik, eingebettet in die NATO, eingebettet in eine feste Freundschaft mit den Vereinigten Staaten.

Diese Politik der aktiven Friedenssicherung gilt für uns unverändert fort.

Zu dieser Politik gehört, daß wir auf alle Waffen verzichten, die wir für unsere Verteidigung nicht brauchen. Deshalb besitzen wir keine biologischen Waffen, und wir werden sie nicht besitzen. Biologische Waffen gehören zu den schrecklichsten Massenvernichtungsmitteln, die der Mensch je erfunden hat. Es gibt keine Existenzberechtigung

für diese Waffen. Sie sind eine Geißel der Menschheit und müssen deshalb ersatzlos aus den Waffenarsenalen aller Länder entfernt werden.

Leider gibt es starke Vermutungen dafür, daß die Sowjetunion entgegen dem B-Waffen-Abkommen in Swerdlowsk biologische Waffen produziert hat und diese in Laos, Kambodscha und Afghanistan auch eingesetzt hat. Berichte von Ärzten, Berichte von Flüchtlingen aus den betroffenen Ländern bestätigen diese Befürchtungen. Die Sowjetunion bestreitet sowohl die Produktion wie den Einsatz dieser Waffen.

Sie läßt aber eine Überprüfung vor Ort nicht zu und verringert damit die Glaubwürdigkeit ihrer Abrüstungsbereitschaft in diesem Bereich.

Die Sowjetunion wird deshalb erneut aufgefordert, internationale Kontrollen in ihren Fabriken zuzulassen, damit die Weltöffentlichkeit sieht, daß das kommunistische Lager genauso wie der Westen auf diese entsetzlichen Massenvernichtungswaffen verzichtet.

Chemische Waffen

Wir müssen weiterhin alles tun, um auch ein weltweites Verbot aller chemischen Waffen zu erreichen. Der von allen Parteien des Deutschen Bundestages angestrebte Vertrag über das weltweite Verbot aller chemischen Waffen ist bisher vor allem deshalb nicht zustande gekommen, weil die Sowjetunion auch in diesem Bereich eine wirksame Kontrolle ablehnt.

Das Kräfteverhältnis bei chemischen Kampftruppen und Kampfstoffen zwischen der Sowjetunion und den USA betrug 1981 nach Angaben der damaligen Bundesregierung zehn zu eins zugunsten der Sowjetunion.

Die Sowjetunion hat sich seit 1969, als die USA einseitig auf die Produktion von chemischen Waffen verzichteten, in großem Maßstab die Fähigkeit zu offensiver chemischer Kriegsführung ständig ausgebaut.

In der Mitteilung der Bundesregierung vom 27. März 1981 heißt es: „Die sowjetische Militärdoktrin erkennt den Einsatz chemischer Kampfstoffe als Mittel der Kriegsführung an. Die Führungsgrundsätze sehen den offensiven Einsatz von C-Kampfstoffen im Rahmen der Operationsführung vor. Die Streitkräfte der Warschauer-Pakt-Staaten verfügen über eine hohe chemische Waffenfähigkeit, die sie auch in die Lage versetzt, eigene C-Einsätze auszunutzen und längere Zeit unter C-Bedingungen zu kämpfen.“

Dennoch kann unser Plädoyer im Bereich der chemischen Waffen nicht Nachrüstung, sondern nur Abrüstung heißen. Wir wollen, daß alle Länder ihre gesamten Bestände an chemischen Waffen nachprüfbar vernichten. Das Gleichgewicht bei chemischen Waffen muß in Zukunft null zu null lauten. Wir appellieren an die Sowjetunion, durch den Abbau ihrer großen chemischen Waffenarsenale den Weg zu einer weltweiten Nulllösung freizumachen.

Ohne die chemische Bedrohung durch die Sowjetunion sind auch die C-Waffen-Bestände der Vereinigten Staaten überflüssig.

Wir sind fest davon überzeugt, daß die Vereinigten Staaten auf eine nachprüfbare chemische Abrüstung der Sowjetunion nicht nur mit einem Verzicht auf die Modernisie-

rung ihrer chemischen Bestände reagieren würden, sondern daß sie auch bereit wären, ihre alten chemischen Bestände ersatzlos zu vernichten.

Die Welt braucht neben der nuklearen Abschreckung keine chemische Abschreckung. Die schreckliche Vision einer Gesellschaft mit Gasmasken darf nie Wirklichkeit werden.

Einem „Umweltkrieg“ vorbeugen

Zugleich mit dem B-Waffen-Abkommen ratifizierte der Deutsche Bundestag ein Übereinkommen über das Verbot von „Umweltwaffen“, das die militärische Nutzung umweltverändernder Techniken verbietet. Kriegsführung durch Manipulation der Umwelt, z. B. durch Veränderung der Klima- und Wetterstrukturen, ist heute noch nicht möglich. Aber dieses macht ein solches Abkommen nicht überflüssig, sondern es macht dieses Abkommen besonders wertvoll. Es ist ein Stück Vernunft in unserer Zeit. Und es stimmt hoffnungsvoll, daß endlich einmal nicht gewartet wird, bis Waffenlager immer größer werden, sondern daß bereits vorbeugend bestimmte Möglichkeiten der Kriegsführung ausgeschaltet, verbannt und verboten werden.

Abrüstung mit Sicherheit

Wir treten mit Vernunft, aber auch mit Leidenschaft für eine Abrüstungspolitik ein, die militärisches Gleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau, zu möglichst niedrigen Kosten bei unverminderter Sicherheit erreicht. Wir sind für Abrüstung mit Sicherheit.

Wir tragen dabei unbewußt auch den Sicherheitsinteressen der Sowjetunion Rechnung. Im Atomzeitalter hängt die eigene Sicherheit immer auch von der Sicherheit des potentiellen Gegners ab. Wir wollen Gleichheit und kein Überge wicht.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat für uns alle gesprochen, als er in seiner Regierungserklärung vom Oktober 1982 sagte:

„Frieden schaffen ohne Waffen, das ist ein verständlicher Wunsch, aber eine gefährliche Illusion. Frieden schaffen nur mit Waffen, das wäre eine tödliche Verblendung. Frieden schaffen mit immer weniger Waffen, das ist das Gebot der Stunde.“

Es gibt allerdings berechtigte Zweifel, ob sich die Sowjetunion in den letzten Jahren nach dieser Devise gerichtet hat. Vielmehr scheint die Sowjetunion bisher nach der alten russischen Regel vorgegangen zu sein, wonach militärische Macht gut, viel militärische Macht jedoch besser sei. Marschall Gletschko hat das ganz offen ausgesprochen, als er sagte:

„Je höher die Kampfbereitschaft der sowjetischen Streitkräfte, je mächtiger die Rüstung, desto ruhiger wird es auf der Welt sein.“

Auch dies gehört zu den harten Realitäten, vor deren Hintergrund in Genf und Wien verhandelt wird. Trotzdem hat niemand das Recht, sich durch diese Realitäten entmütigen zu lassen. Abrüstung und Rüstungskontrolle sind und bleiben eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Wir müssen glaubhafte und glaubwürdige Antworten auf diese Herausforderung geben.

Die Angst wächst

Die Sorgen und Ängste der Menschen um die Erhaltung des Friedens wachsen. Diese Sorgen und Ängste lassen sich vor allem auf vier Ursachen zurückführen: auf die Angst vor der wachsenden atomaren Rüstungsspirale, auf die immer schnellere Entwicklung neuer Technologien, auf die ethische Friedenskontroverse, insbesondere unter Christen, und auf die sich zusätzende politische Konfrontation nicht nur im Ost-West-Konflikt, sondern auch im Nord-Süd-Konflikt.

Die Union nimmt diese Sorgen sehr ernst. Die Aufgabe der Politiker ist es, diese Sorgen durch eine glaubwürdige und erfolgreiche Abrüstungspolitik zu überwinden.

Dabei muß vor allem verhindert werden, daß die Friedenssehnsucht der westlichen Demokratien zu einer Erpressungswaffe in der Hand der Sowjetunion wird.

CDU und CSU stellen die Abrüstungspolitik an eine zentrale Stelle ihrer Außenpolitik: erstens, weil wir das Geld, das unsere Rüstung jährlich verschlingt, lieber für die Linderung der Not in der Dritten Welt und für öffentliche Aufgaben in unserem Land ausgeben würden, zweitens, weil die modernen Massenvernichtungswaffen immer schrecklicher und verheerender werden, und drittens, weil wir uns in der deutschen Außenpolitik unverändert dem Gewaltverzicht verpflichtet fühlen, den Bundeskanzler Adenauer für unser Land bereits 1954 ausgesprochen hat.

Fünf Leitsätze

Die Union stellt ihre Abrüstungspolitik unter folgende fünf Leitsätze:

1. Für die CDU/CSU haben Abrüstung und Rüstungskontrolle einen ebenso hohen Stellenwert wie Abschreckung und Verteidigung. Abschreckung ohne Anstrengungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle gewährleisten langfristig keine ausreichende internationale Sicherheit und Stabilität.

2. Wichtigstes Ziel von Abrüstung und Rüstungskontrolle ist es, Kriege zwischen Ost und West unführbar zu machen. Eine Rüstungskontrollpolitik, die Kriegsverhinderung zum Hauptziel hat, muß aus unserer Sicht vor allem die bestehenden Angriffspotentiale abbauen.

3. Ein rüstungskontrollpolitisches Gesamtkonzept muß konventionelle Rüstungskontrolle genauso ernst nehmen wie nukleare Rüstungskontrolle.

Das gilt insbesondere angesichts der Tatsache, daß sich die nuklearen Optionen von Ost und West zunehmend gegenseitig neutralisieren und dadurch das konventionelle Übergewicht des Warschauer Pakts immer stärker durchschlägt.

4. Abrüstungsvereinbarungen müssen nicht nur zu einem rechnerisch-zahlenmäßigen Gleichgewicht führen, sondern sie müssen in erster Linie ein stabiles Gleichgewicht der Verteidigungsoptionen sicherstellen, und dies auf möglichst niedrigem Niveau.

5. Abrüstungsvereinbarungen müssen ausgewogen und überprüfbar sein, die internationale Sicherheit erhöhen und damit einen Beitrag zur Friedenssicherung leisten. Konkret heißt das für die CDU/CSU:

Für die START-Verhandlungen unterstützen wir die Grundphilosophie des westlichen Vorschlags, Erstschlagskapazitäten abzubauen und Zweitschlagskapazitäten zu stärken. Der amerikanische Abrüstungsvorschlag unterstreicht in konsequenter Weise die ausschließlich defensive Ausrichtung der NATO. Bei den so heftig umstrittenen INF-Verhandlungen in Genf unterstützt die CDU/CSU eine beiderseitige echte Nulllösung für alle landgestützen Mittelstreckenflugkörper größerer Reichweite der Sowjetunion und der USA. Die Sowjetunion kann morgen den Verzicht auf die Nachrüstung haben, wenn sie heute ihre SS-20, ihre SS-4 und ihre SS-5 abbaut.

Das Gleichgewicht zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten im Bereich landgestützter Mittelstreckenraketen muß 0:0 heißen. Unser Anliegen ist eine echte Nulllösung: Wir wollen eine ganze Kategorie von Waffen aus den Arsenalen der Sowjetunion und der USA beseitigen. Deshalb wäre es unzureichend, wenn die Sowjetunion lediglich ihre veralteten und damit strategisch weitgehend wertlosen SS-4 und SS-5 abbauen würde, oder wenn sie nur einen Teil ihrer SS-20 abbauen würde, oder wenn sie einen Teil ihrer SS-20 lediglich hinter den Ural verlegen würde. All das würde die strategische Lage in Europa nicht entscheidend verändern.

Die Sowjetunion muß uneingeschränkt bereit sein, auf ihre militärische Option zu verzichten, von der Sowjetunion aus Westeuropa und insbesondere unser Land mit atomaren Mittelstreckenraketen zu bedrohen.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt hat mehrfach erklärt, ihn hätten die SS-20 vor allem beunruhigt „wegen der Gefahr eines isoliert auf die Bundesrepublik Deutschland künftig denkbaren politischen Drucks, (wegen) denkbarer politischer Nötigung...“ Er habe dieses Problem immer gesehen als „eine Gefahr für die Freiheit künftiger deutscher Bundesregierungen, unabhängig von fremdem Druck, ihre Entschlüsse zu fassen.“

Das ist der entscheidende Punkt. Und deshalb gilt der Appell an die Sowjetunion, weltweit ihre SS-20 abzubauen. Wir werden dann sicherstellen, daß keine einzige landgestützte amerikanische Mittelstreckenrakete in Europa stationiert wird.

Die Wiener MBFR-Verhandlungen

Bei den MBFR-Verhandlungen in Wien unterstützt die CDU/CSU den neuen Verhandlungsvorschlag des Westens, der noch unter Formulierungshilfe der alten SPD-geführten Bundesregierung zustande gekommen ist. Auch dies ist ein Beispiel, wie weit die Union in der Abrüstungspolitik die damalige Regierung unterstützt hat und deshalb hofft, daß die jetzige Opposition die heutige Bundesregierung genauso unterstützt.

Die Bedeutung der Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich wird in der westlichen Öffentlichkeit teilweise in gefährlicher Weise unterschätzt. Trotz seines begrenzten geographischen Anwendungsbereichs könnte MBFR durch eine substantielle Verringerung der Truppenkonzentration an der direkten Berührungsstelle von Ost und West einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und zur Sicherheit in Europa leisten.

Die KSZE-Folgekonferenz

Auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid ist zu hoffen, daß es langfristig zu einer Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa vom Atlantik bis zum Ural kommt, zur sogenannten KAE. Im Mittelpunkt dieser KAE sollten vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen für ganz Europa stehen.

Es liegt an der Sowjetunion, durch konstruktives Verhalten auf der KSZE-Folgekonferenz in Madrid und durch Einhaltung ihrer bereits in Helsinki eingegangenen Verpflichtungen den Weg zu dieser Abrüstungskonferenz für Europa freizumachen.

Die Abrüstungsvorschläge des Westens zu START, INF, MBFR und KAE zeigen eine durchgängige Linie. Sie zielen auf die Herstellung eines erheblich niedrigeren militärischen Gleichgewichts zwischen Ost und West.

CDU und CSU unterstützen diese Abrüstungsstrategie des Westens uneingeschränkt. Diese Abrüstungsstrategie ist realistisch. Sie strebt an, was angesichts der fortlaufenden Spannungen zwischen Ost und West für die nächsten Jahre möglich und machbar erscheint.

Langfristige Perspektiven

Dies darf und wird uns jedoch nicht den Blick auf langfristige Abrüstungsperspektiven verstellen, die über die bisherigen offiziellen Abrüstungsvorschläge der NATO und des Warschauer Paktes hinausgehen.

Wir könnten in der Abrüstungspolitik in der Tat zu einem wirklichen Durchbruch kommen, wenn die Sowjetunion erstens die Hauptursachen der Spannung zwischen Ost und West in Europa beseitigen würde, d. h. wenn sie den Menschen und Völkern — und damit auch dem deutschen Volk — endlich das Selbstbestimmungsrecht gewähren würde, entsprechend der UNO-Charta, entsprechend den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen und in Weiterentwicklung der Schlußakte von Helsinki, und wenn die Sowjetunion zweitens ihre Expansionspolitik aufgeben würde.

Wenn die Sowjetunion diesen Schritt ginge, könnten wir erstens die Militärbündnisse NATO und Warschauer Pakt auflösen, zweitens die Bundeswehr drastisch verkleinern und drittens die Atomwaffen weltweit auf ein absolutes Minimum reduzieren. Das wäre der wirkliche Durchbruch in der Abrüstungspolitik.

Wir könnten einen Großteil der 48 Milliarden DM, die der Verteidigungshaushalt beispielsweise in diesem Jahr kostet, zur Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme in unserem Lande und in der Dritten Welt ausgeben, und wir würden das gerne tun.

Richtig ist, daß wir damit nicht jeden lokalen und auch nicht jeden regionalen Konflikt in der Dritten Welt verhindern könnten. Aber wir könnten wenigstens für Europa, für den Kontinent, auf dem wir leben, eine Friedensordnung schaffen, in der das Ge-
spanst einer großen atomaren Auseinandersetzung zwischen Ost und West endlich ge-
bannt wäre. Für eine derartige europäische Friedensordnung, in der es mehr Freiheit,
aber weniger Waffen gäbe, lohnt es sich, zu kämpfen.

Ob es zu einer solchen freiheitlichen Friedensordnung in Europa kommt, liegt letztlich an der Sowjetunion. Die Sowjetunion kann und muß Zeichen setzen, daß es ihr mit ihrer Forderung nach Abrüstung und Frieden ernst ist.

Die Sowjetunion könnte ihre Friedensbereitschaft überzeugend unter Beweis stellen, indem sie ihren Krieg in Afghanistan beendet, indem sie die endgültige Aufhebung des Kriegsrechts in Polen veranlaßt und indem sie die 700 000 Minen und Selbstschußanlagen abrüstet, die Deutschland in zwei Teile teilen.

Das wären Signale, die wir sehr ernst nehmen müssen, die den Menschen in aller Welt, die Abrüstung, die Frieden und die Freiheit wollen, wieder Hoffnung geben würden.

Für uns Deutsche ist und bleibt das höchste Gut der Frieden. Das ist die Auffassung aller Deutschen, gleichgültig welcher politischen Richtung sie angehören. Die Sowjetunion weiß dies ganz genau. Es wird daher auch Zeit, daß die Sowjetunion ihre Propagandakanonen abrüstet. Helmut Schmidt war kein Raketenkanzler, und Helmut Kohl ist kein Raketenkanzler. Das sollte weiterhin unbestritten sein. Wir Deutsche wollen Frieden, allerdings Frieden in Freiheit und Frieden in Sicherheit. Wir wollen Frieden schaffen mit weniger Waffen.